

Aufbruch in unsichere Zeiten

Die CDU am Ende der Ära Merkel



Frank DECKER

Dezember 2020

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen*, [Cerfa](#) (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.

ISBN: 979-10-373-0268-7

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2020

Diese Veröffentlichung zitieren:

Frank Decker, „Aufbruch in unsichere Zeiten. Die Christlich Demokratische Union am Ende der Ära Merkel“, *Notes du Cerfa*, Nr. 157, Ifri, Dezember 2020.

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Paul Maurice und Marie Krpata, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autoren

Prof. Dr. Frank Decker, geboren 1964 in Montabaur, hat seit 2001 einen Lehrstuhl für Politische Wissenschaft am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Seit 2011 ist er außerdem Wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP). Seine neuesten Buchveröffentlichungen sind „Die Zukunft der Demokratie“ (hgg. mit Thomas Hartmann und Jochen Dahm, Bonn 2019), „Parteiendemokratie im Wandel“ (2. Aufl., Baden-Baden 2018), „Die USA – eine scheiternde Demokratie“ (hgg. mit Patrick Horst und Philipp Adorf, Frankfurt a.M. 2018), „Handbuch der deutschen Parteien“ (hgg. mit Viola Neu, 3. Aufl., Wiesbaden 2018), „Europas Ende, Europas Anfang“ (hgg. mit Jürgen Rüttgers, Frankfurt a.M. 2017) und „Der Irrweg der Volksgesetzgebung“ (Bonn 2016).

Zusammenfassung

Seit 2018 befindet sich die die Christlich Demokratische Union (CDU) in einer anhaltenden Führungskrise. Angela Merkels Wunschkandidatin als Parteivorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, konnte sich an der Spitze nicht durchsetzen und beendete ihre Amtszeit nach nur 15-Monaten. Unter den drei Kandidaten für ihre Nachfolge werden Armin Laschet und Friedrich Merz die besten Chancen eingeräumt. Ob sie bei einer Wahl zugleich Kanzlerkandidat werden, ist zumindest bei Laschet fraglich. Als möglicher Anwärter wird hier auch der Christlich-Soziale Union (CSU)-Vorsitzende Markus Söder genannt. Wie sich das Ende von Merkels Kanzlerschaft auf die Wahlchancen der Union auswirken wird, ist trotz ihrer im Zuge der Coronakrise aktuell guten Umfragewerte offen. Auch koalitionspolitisch ist der Erhalt ihrer strategischen Mehrheit keineswegs sicher, nachdem sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Grünen und Die Linke beziehungsweise die SPD, Die Grünen und die Freie Demokratische Partei (FDP) für alternative Bündnisse wechselseitig geöffnet haben.

Abstract

Since 2018, the Christian Democratic Union (CDU - Christlich Demokratische Union) has been confronted with a long-lasting leadership crisis. Annegret Kramp-Karrenbauer, Merkel's favorite candidate for the position of party leader, was not able to maintain herself at the top of the party and resigned after only 15 months. Among the three candidates for her succession Armin Laschet and Friedrich Merz are those who are the most likely to be successful in this endeavor. Whether they will at the same time become candidates for the chancellery remains fraught with uncertainty. The Party leader of the CSU may also be a potential further contender. The effects of Merkel's ending leadership on the CDU-CSU's chances to win the election are unclear even though these parties enjoy a high approval rate following a globally satisfactory corona crisis management. As the SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Social Democratic Party of Germany), the Green Party and The Left (Die Linke), and alternatively, the SPD, The Greens and the Free Democratic Party (FDP - Freie Demokratische Partei) have abandoned their former objections against a respective coalition, the preservation of a strategic majority may also be challenged.

Inhaltsverzeichnis

DAS DRAMA DER AKK	7
DER WEG DER CDU UNTER ANGELA MERKEL.....	10
DAS OFFENE RENNEN UM MERKELS NACHFOLGE	17
VON SCHWARZ-ROT ZU SCHWARZ-GRÜN?	21

Das Drama der AKK

In der Geschichte spannender Wahlauseinandersetzungen, an denen die Bundesrepublik seit 1949 wahrlich nicht arm war, ragt die bevorstehende Bundestagswahl 2021 schon jetzt durch zwei Besonderheiten hervor. Die erste Besonderheit betrifft die personelle und parteipolitische Konstellation. Noch nie zuvor hat ein amtierender Bundeskanzler – in diesem Fall eine Bundeskanzlerin – darauf verzichtet, bei einer Wahl als KandidatIn erneut anzutreten. Dies bringt die Unionsparteien im Wahljahr in eine undankbare, fast unmögliche Situation. Sie müssen mit einem neuen Kandidaten in eine Wahlauseinandersetzung gehen, die gleichzeitig ein Votum über die Regierungsbilanz der ausscheidenden Amtsinhaberin sein wird. Bei einem unumstrittenen Anwärter auf die Nachfolge wäre das vielleicht verschmerzbar gewesen. Merkels Favoritin, die frühere saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer („AKK“), die seit Dezember 2018 an der Spitze der Partei stand, nachdem sie sich in der Stichwahl auf dem Hamburger Parteitag knapp gegen Friedrich Merz durchgesetzt hatte, konnte die in sie gesetzten Erwartungen jedoch nicht erfüllen. Ihr Scheitern nach nur 15-monatiger Amtszeit lag auch in der schlecht funktionierenden Machtteilung mit der Kanzlerin begründet, die weiter von ihrem Nimbus zehrte und die Parteivorsitzende in den persönlichen Beliebtheitswerten deutlich überstrahlte.

Im Ringen um Kramp-Karrenbauers Nachfolge warf Merz seinen Hut erneut in den Ring. Außer ihm meldeten Norbert Röttgen, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und Parteivize Armin Laschet ihre Ansprüche an. Laschet gelang dabei ein Coup, indem er mit Gesundheitsminister Jens Spahn, der sich 2018 noch selbst um den Parteivorsitz beworben hatte, einen Exponenten des konservativen CDU-Flügels und Vertreter der jüngeren Generation in seine Kandidatur einband. Auch deshalb wurden ihm von den professionellen Beobachtern die größten Siegchancen eingeräumt. Als Laschet und Spahn ihre „Tandemlösung“ am 25. Februar 2020 vor der deutschen Öffentlichkeit verkündeten, konnte niemand ahnen, dass nur wenige Tage später eine globale Krise über das Land hineinbrechen würde, deren Wucht die innenpolitische Agenda und damit auch die Vorzeichen des Bundestagswahlkampfes und Rennens um die Kanzlerschaft total veränderte.

Bis zum epochalen Einschnitt der Coronapandemie – der zweiten Besonderheit der anstehenden Wahlauseinandersetzung – hatten sich die beiden Regierungsparteien in einem anhaltenden Stimmungstief befunden. Von September 2018 an, also nur ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt, verfügten Union und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) in den Umfragen über keine gemeinsame Mehrheit mehr. Das hatte es auch bei den vorangegangenen Großen Koalitionen (2005 bis 2009 und 2013 bis 2017) nicht gegeben. Gleichzeitig gelang es den Grünen, sich als zweitstärkste Kraft nicht nur weit vor die anderen drei Oppositionsparteien, sondern auch vor die SPD zu setzen. Im September 2019 lagen sie in einigen Umfragen sogar erstmals gleichauf mit der Union.

Für die Verschiebung der Kräfteverhältnisse gab es eine Reihe von miteinander verbundenen Ursachen. Der Hauptgrund lag im miserablen Erscheinungsbild der Regierungsparteien. Die auch schon vor Corona unter dem Strich durchaus vorzeigbare Regierungsbilanz, die durch die positive wirtschaftliche Entwicklung begünstigt wurde, trat dahinter vollkommen in den Schatten. Von den heftigen Geburtswehen, die ihren Start begleiteten, konnte sich die Koalition zu keinem Zeitpunkt erholen. Insbesondere die SPD musste in die Neuauflage des Bündnisses regelrecht hineingezwungen werden. Bereits nach wenigen Wochen brach der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer¹ einen heftigen Streit über die Asyl- und Flüchtlingspolitik vom Zaun, der nicht nur die Regierung, sondern auch die Fraktionsgemeinschaft von CDU und Christlich-Soziale Union (CSU) aufs Spiel setzte. Die Wähler quittierten dies mit schlechten Umfragen und Wahlergebnissen.

Im Oktober 2018 erklärte Angela Merkel ihren Rückzug vom CDU-Parteivorsitz nach 18 Jahren. Ihre Wunschkandidatin für die Nachfolge, Annegret Kramp-Karrenbauer, die im Jahr zuvor ihr Ministerpräsidentenamt im Saarland aufgegeben hatte und als Generalsekretärin nach Berlin gewechselt war, galt nach ihrer Wahl zur neuen Vorsitzenden auch für das Kanzleramt als gesetzt. Eine Machtübergabe noch während der Legislaturperiode schien Merkel allerdings nicht im Sinn zu haben. Sie wäre von der SPD auch nicht mitgetragen worden, die ihre ohnehin nur widerwillig erteilte Zustimmung zur Großen Koalition ausdrücklich an Merkels Person geknüpft hatte. Durch die erzwungene Ämterteilung stand Kramp-Karrenbauers Parteivorsitz von Beginn an unter einem schlechten Stern. Im

1. H. Seehofer war als Innenminister in die Regierung gegangen, nachdem er den Machtkampf um das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten gegen Markus Söder verloren hatte.

übermächtigen Schatten der Kanzlerin konnte AKK, wie ihr Name in Parteikreisen und von den Medien gerne abgekürzt wurde, ihren Machtanspruch nicht durchsetzen. Selbstverschuldete Fehlritte wie ein missglückter Karnevalsscherz oder die ungeschickte Reaktion auf ein CDU-kritisches Youtube-Video bestärkten die Zweifel an Kramp-Karrenbauers Führungsqualitäten und ließen ihren Rückhalt in den eigenen Reihen und der Öffentlichkeit zusehends schwinden.

Um ihre schlechten Umfragewerte zu verbessern, entschloss sich Kramp-Karrenbauer entgegen den ursprünglichen Planungen, im Juli 2019 als Ministerin in die Bundesregierung einzutreten, wo sie nach dem Weggang Ursula von der Leyens als EU-Kommissionspräsidentin nach Brüssel das Verteidigungsressort übernahm. Die innerparteilichen Querelen rissen unterdessen nicht ab. Im Februar 2020 musste die Vorsitzende hilflos mitansehen, wie der CDU-Landesverband in Thüringen ihre Autorität untergrub, als er die Wahl des FDP-Politikers Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten zusammen mit den Stimmen der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) ermöglichte. Daraufhin erklärte sie entnervt ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur und den Rücktritt vom Parteivorsitz. Die ursprünglich vorgesehene Neuwahl auf einem Parteitag im Mai, mit der auch eine Vorentscheidung über die Kanzlerschaft verbunden sein sollte, musste wegen der Corona-Pandemie auf Dezember verschoben werden.² Seither steht die größere Unionsschwester „kopflös“ da.

2. Der CDU-Parteitag wird noch einmal verschoben und soll nun Mitte Januar 2021 stattfinden.

Der Weg der CDU unter Angela Merkel

Der Weg der ostdeutschen Quereinsteigerin Angela Merkel an die Spitze der Partei und Regierung war nicht vorgezeichnet, sondern verdankte sich zwei historischen „Zufällen“, der deutschen Einheit und der CDU-Spendenaffäre.³ In der Wendezeit hatte sich die gelernte Physikerin in der Bürgerrechtsbewegung „Demokratischer Aufbruch“ engagiert, die im August 1990 in der Ost-CDU aufging. Helmut Kohl holte Merkel 1990 dann als Familienministerin in das erste gesamtdeutsche Kabinett. Vier Jahre später übernahm sie das Amt der Umweltministerin, bevor der neue CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble sie nach Kohls Abwahl 1998 als Generalsekretärin berief. Dieses Amt nutzte Merkel zum Sprung an die Parteispitze, als über die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) Ende 1999 die bis dahin schwerste Krise ihrer Geschichte hineinbrach. Nachdem sich Helmut Kohl weigerte, zur Aufklärung der Affäre um illegal erlangte Spenden beizutragen, forderte Merkel ihre Partei in einem Zeitungsartikel mutig auf, mit dem Patriarchen und Altkanzler zu brechen.⁴ Der so bekundete Führungsanspruch machte sie zur ersten Anwärterin auf den Parteivorsitz, als der in die Affäre ebenfalls verstrickte Schäuble im Februar 2000 seinen Rückzug von der Partei- und Fraktionsspitze erklärte.

Unumstrittene Nummer eins in der Union war Merkel damit noch nicht. Der Fraktionsvorsitz ging an Friedrich Merz, der seine eigenen Kanzlerambitionen nur mühsam verbergen konnte, während andere CDU-Granden wie Volker Rühe oder der hessische Ministerpräsident Roland Koch den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber als nächsten Kanzlerkandidaten anstelle von Merkel favorisierten. Diese schätzte die Stimmung in der Partei richtig ein, als sie 2002 zugunsten von Stoiber verzichtete, der bei der Bundestagswahl den Sieg über Gerhard Schröders rot-grüne Koalition nur knapp verpasste. Weil sich Merkel dafür im Gegenzug den Fraktionsvorsitz sicherte und Merz aus diesem Amt verdrängte, wurde der Weg für ihre eigene

3. Zu Merkels Werdegang und Aufstieg vgl. unter den zahlreichen Biografien statt vieler Gerd Langguth, *Angela Merkel. Aufstieg zur Macht*, München: dtv, 2005.

4. A. Merkel: Die von Helmut Kohl eingeräumten Vorgänge haben der Partei Schaden zugefügt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Dezember 1999.

Kanzlerkandidatur 2005 frei.⁵ Obwohl die Wahlkampagne missriet und der große Vorsprung der Unionsparteien in dem Umfragen vor der SPD am Wahlabend auf etwas mehr als einen Prozentpunkt zusammenschmolz, reichte das Ergebnis, um Merkel als Chefin einer Großen Koalition ins Kanzleramt zu bringen.

Von diesem Zeitpunkt an blieb ihre Machtstellung zehn Jahre lang ungefährdet – sie sollte erst im Gefolge der Flüchtlingskrise ab 2015 allmählich erodieren. Dabei half Merkel einerseits, dass potenzielle Rivalen wie Roland Koch, Christian Wulff oder Jürgen Rüttgers in höhere Ämter weggelobt wurden oder sich durch Wahlniederlagen in den Ländern selbst aus dem Rennen nahmen. Andererseits – und noch wichtiger – gelang es der Union unter ihrer Führung, die strukturelle Mehrheit im Parteiensystem zu erobern, indem sie die SPD bei allen folgenden Bundestagswahlen deklassierte. Ihre Rolle als führende Regierungspartei war dadurch gesichert, obwohl die Wahlergebnisse – bis auf 2013 – weit hinter frühere Resultate zurückfielen. In Merkels letzter Wahlperiode lag die Union in den Umfragen sogar regelmäßig unter der 30-Prozent-Marke, bevor sie im Zuge der Coronakrise wieder einen deutlichen Satz nach oben machte.

Selbst Helmut Kohl war eine so unangefochtene Position wie Merkel über fast die gesamte Amtszeit hinweg nicht vergönnt gewesen – seine Kanzlerschaft hing bis zur Halbzeit der deutschen Einheit mehrfach am seidenen Faden. Anders als Kohl konnte Merkel die Dominanz der Union im Parteiensystem aber nicht in eine Dominanz innerhalb der Regierung übersetzen. In drei von vier Legislaturperioden musste sie die Macht mit den Sozialdemokraten teilen. Nur 2009 kam es zur Wiederauflage der Wunschkoalition mit der Freien Demokratischen Partei (FDP), die sich freilich als Desaster entpuppte und das Verhältnis zu den Liberalen nachhaltig beschädigte. Die Folgewirkungen zeigten sich beim Scheitern der Verhandlungen zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen über die Bildung einer „Jamaika“-Koalition 2017, die Merkels schlechtes Händchen als Koalitionspolitikerin unter Beweis stellten.⁶

5. Vgl. Thomas Brechenmacher: Die CDU unter Angela Merkel (2000 – 2018), in: Norbert Lammert (Hrsg.): Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München: Siedler Verlag, 2020, S. 94.

6. Auch die von ihr ausgesuchten Bundespräsidenten Horst Köhler und Christian Wulff erwiesen sich nicht gerade als Glücksgriffe – beide traten vorzeitig zurück. Wulffs Nachfolger Joachim Gauck wurde Merkel 2012 von SPD, Grünen und ihrem eigenen Koalitionspartner FDP als Kandidat aufgenötigt. Und 2017 gelang es ihr ebenfalls nicht, einen überzeugenden CDU-Kandidaten aufzubieten, sodass die SPD Außenminister Frank-Walter Steinmeier als neues Staatsoberhaupt durchsetzen konnte.

War die Notwendigkeit, eine Große Koalition zu bilden, 2005 vor allem der eigenen Schwäche, und 2013 der – von der Union allerdings mit verursachten – Schwäche der FDP geschuldet, so stellte sie 2017 eine natürliche Folge der veränderten Kräfteverhältnisse dar, die durch den Aufstieg der rechtspopulistischen AfD im Parteiensystem eintraten. Bis dahin hatte das „Vergnügen“, unter ihrer eigenen Regierungsverantwortung neue und längerfristig bestandsfähige Parteien hervorzubringen, ausschließlich bei der SPD gelegen – zu Beginn der 1980er Jahre mit den Grünen und ab 2005 mit der gesamtdeutschen Linkspartei. Jetzt ereilte es zum ersten Mal auch die Union. Das berühmte Diktum von Franz Josef Strauß, wonach es rechts von CDU und CSU keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe, gilt seit der Etablierung der AfD nicht mehr. Dieser Einschnitt dürfte das künftige Urteil über Merkel genauso prägen wie die durchaus vorzeigbare Regierungsbilanz ihrer langen Kanzlerzeit.

Rechtspopulistische Parteien gehörten in den meisten unserer europäischen Nachbarländer schon sehr viel früher – nämlich seit den 1980er Jahren – zur Grundausrüstung der Parteiensysteme. Warum es in der Bundesrepublik bis 2013 dauerte, dass sich eine vergleichbare Kraft etablieren konnte, ist auch im Rückblick nicht leicht zu verstehen.⁷ Ein Grund liegt vermutlich darin, dass es hierzulande lange Zeit an einer – auch parteipolitisch – streitigen Auseinandersetzung über das Migrationsthema gefehlt hat. Gleichzeitig erleichterte es die Oppositionsrolle den Unionsparteien bis 2005, die rechte Flanke des Parteiensystems weiterhin erfolgreich abzudecken. Dies galt sowohl in gesellschaftspolitischer Hinsicht, wo man sich mit konservativen Positionen – etwa der von Friedrich Merz erhobenen Forderung nach einer „Leitkultur“ – von der rot-grünen Regierung abgrenzte, als auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Hier schlug die CDU unter Merkel einen konsequent marktliberalen Kurs ein, der mit der sozialstaatlichen Tradition der Partei brach und die unter Schröder eingeleiteten Sozial- und Arbeitsmarktreformen noch forcieren wollte.

Merkels Fast-Niederlage gegen Schröder und die Zwangsehe mit den Sozialdemokraten führten dazu, dass die Vorsitzende die Leipziger Beschlüsse in der Folge mehr oder weniger stillschweigend begrub.⁸ Eine

7. Vgl. Frank Decker: „Alternative für Deutschland“. The Belated Arrival of Right-wing Populism in the Federal Republic, in: Günther Pallaver/Michael Gehler/Maurizio Cau (Hrsg.): Populism, Populists, and the Crisis of Political Parties, Bologna/Berlin: Duncker & Humblot, 2018, S. 199-216.

8. Vgl. Wolfgang Schroeder: Die Sozialpolitik der Union: Christdemokratische Sozialpolitik im Wandel der Zeit, in: N. Lammert, vgl. oben, S. 689 f.; Das marktwirtschaftliche Reformprogramm war auf dem Parteitag in Leipzig Anfang Dezember 2003 beschlossen worden.

offene Diskussion in der Partei gab es darüber nicht. Auch die Koalition mit der Freie Demokratische Partei (FDP) wurde 2009 nicht zu einer Kehrtwende genutzt. Indem sie sich Steuersenkungen und sozialen Einschnitten gleichermaßen verweigerte, lag die Union jetzt mehr auf der Linie der oppositionellen SPD als auf der ihres vermeintlichen „Wunschpartners“. Den Höhepunkt erreichte diese Politik vier Jahre später mit der von ihr betriebenen Einführung der Mütterrente, für die Beitrags- und Steuerzahler seither etwa sieben Milliarden Euro jährlich aufbringen müssen. Die so begünstigte Klientel dankte es Merkel mit kräftigen Stimmenzuwächsen, die 2013 zu ihrem bis heute besten Bundestagswahlergebnis beitrugen.

Neben die wirtschaftspolitische „Sozialdemokratisierung“ traten unter Merkmals Vorsitz eine zunehmende Liberalisierung der CDU in kultureller und gesellschaftspolitischer Hinsicht. Durch die Modernisierung ihres Familienbildes konnte die Partei so ab 2009 die Stimmenverluste wieder wettmachen, die sie 2002 und 2005 unter den weiblichen Wählern in den jungen und mittleren Altersgruppen erlitten hatte.⁹ Symbolhaft für die Abkehr von konservativen Positionen standen die Einführung des Elterngeldes, die Forderung nach einer gesetzlichen Frauenquote in Unternehmen sowie die Anerkennung der bis dahin verfehten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Als letztere 2017 zur förmlichen Ehe aufgewertet wurden, gab die CDU auch hier ihren Widerstand auf.

Ähnlich wie bei Schröders Agenda 2010 wurde der Modernisierungskurs nur zum Teil programmatisch begleitet. Wichtige Reformschritte fanden als abrupte Neuausrichtung des Regierungshandelns statt, was die Anhängerschaft naturgemäß irritierte.¹⁰ Neben der Aussetzung der Wehrpflicht galt das vor allem für den Ausstieg aus der Kernenergie, die bis zum Reaktorunfall von Fukushima zum festen Markenkern der CDU gehört hatte und deren Wirtschaftsfreundlichkeit untermauern sollte. Weil sie die Mobilisierungsfähigkeit der politischen Gegner – insbesondere der mit regierenden Sozialdemokraten – noch stärker einschränkte als sie die eigenen Wähler entfremdete, war dieser Kurs der Mitte bis 2013 freilich äußerst erfolgreich. Lagen die Unionsparteien 2009 knapp 11 Prozentpunkte vor der SPD, waren es vier Jahre später sogar über 15 Prozentpunkte.

9. Vgl. Mariam Lau: Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU, München: Deutsche Verlags-Anstalt (DVA), 2009.

10. Vgl. Volker Resing: Die Kanzlermaschine. Wie die CDU funktioniert, Freiburg i. Br.: Herder Verlag, 2013.

Die Wende kam mit der Eurokrise. Hätte Merkel nach ihrem triumphalen Wahlergebnis 2013 alleine eine Regierung bilden oder zusammen mit der FDP weiter regieren können – beides wurde nur knapp verfehlt –, wäre sie womöglich vorzeitig gescheitert. Bei der Abstimmung über das Griechenland-Paket 2015 versagten mehr als 60 Unionsabgeordnete der Kanzlerin die Gefolgschaft. Vier Jahre zuvor hatten in einem Mitgliederbegehren der FDP sogar 44 Prozent der Abstimmenden gegen die Eurorettungspolitik votiert. Damit wurde das Gelegenheitsfenster für eine neue Partei rechts von der Union geöffnet, die den EU-Skeptikern eine Heimat bot und in der Folge auch in der Gesellschafts-, Familien- und Zuwanderungspolitik konservative Positionen (wieder)besetzte.

Ob die AfD ohne das „Geschenk der Flüchtlinge“ (laut Alexander Gauland) zu der festen Größe hätte werden können, die sie heute im Parteiensystem darstellt, lässt sich nicht sicher sagen. Gewiss ist nur, dass die sich ab 2015 zuspitzende Migrationskrise ihre Etablierung beschleunigte. Gleichzeitig forderte sie Merckels Führungsanspruch zum ersten Mal ernsthaft heraus. Die Weigerung der Kanzlerin, den Flüchtlingszustrom durch eine nationale Grenzschießung einzudämmen, stieß auf Widerstand seitens der Schwesterpartei CSU und in den eigenen Reihen. Eine offene Revolte blieb zwar aus, doch musste die Partei durch die Verluste bei den Landtagswahlen sowie das Erstarken der AfD 2016 herbe Rückschläge einstecken, die ihre Perspektiven für das Bundestagswahljahr 2017 zunächst einzutrüben schienen. Nur nach langem Ringen war Merkel Ende 2016 bereit, ihre Bereitschaft zur erneuten Kandidatur zu erklären. Mit den unerwarteten Erfolgen bei den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und insbesondere in Nordrhein-Westfalen gelang es der Union im Wahljahr, den nach der Nominierung von Martin Schulz zum SPD-Kanzlerkandidaten verloren gegangenen klaren Vorsprung in den Umfragen vor der SPD wiederherzustellen. Dennoch fiel sie bei der Wahl gegenüber 2013 um 8,6 Prozentpunkte auf 32,9 Prozent zurück – nach 1949 war dies das zweitschwächste Resultat in ihrer Geschichte.¹¹

Die hohen Verluste waren nicht zuletzt auf den offenen Dissens mit der CSU in der Flüchtlingspolitik zurückzuführen, der die Abwanderung vieler Unionswähler zur AfD und zur wiedererstarkten FDP beförderte. Erst im Vorfeld der Gespräche mit Grünen und FDP über die Bildung einer Jamaika-Koalition gelang es den Unionsparteien, in der neuralgischen

11. Vgl. Frank Decker: Über Jamaika zur Fortsetzung der Großen Koalition. Die Entwicklung des Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2017, in: Karl-Rudolf Korte/Jan Schoofs (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2017, Wiesbaden: Springer, 2019, S. 201-224.

Frage der „Obergrenze“ eine gemeinsame Linie zu finden, die nach dem Scheitern der Verhandlungen auch die Grundlage für die Neuauflage der Großen Koalition mit der SPD bildete. Dies hinderte den CSU-Vorsitzenden Seehofer aber nicht, bereits kurz nach deren Amtsantritt aus eher nichtigem Anlass erneut einen heftigen Streit über das Thema anzuzetteln. Dieser ließ die Unionsparteien nach den Worten von Wolfgang Schäuble „in den Abgrund“ blicken und stürzte das Land in eine drei Wochen anhaltende Regierungskrise.

Auch wenn der Konflikt mit einem Formelkompromiss beigelegt werden konnte, sollten sich CDU und CSU und die gesamte Regierung von diesem Schlag bis zum Beginn der Coronakrise nicht mehr erholen. Der Versuch, der AfD durch eine Anpassungsstrategie beizukommen, trug keine Früchte – die Rechtspopulisten eilten von Erfolg zu Erfolg. Gleichzeitig wurde die Union in der bürgerlichen Mitte des Parteiensystems von den Grünen herausgefordert, die sich anstelle der SPD zu ihrem neuen Hauptkonkurrenten aufschwangen. Die Unzufriedenheit in der CDU brach sich im September 2018 mit der Abwahl von Merkels loyalem Gefolgsmann Volker Kauder als Fraktionschef Bahn, die den Autoritätsverlust der Kanzlerin öffentlich dokumentierte. Als die CDU bei der Landtagswahl in Hessen einen Monat ein weiteres Mal empfindliche Verluste einstecken musste, kündigte Merkel an, beim bevorstehenden Parteitag in Hamburg nicht mehr als Vorsitzende zu kandidieren.

Während Merkels Nachfolgerin Annegret Kramp-Karrenbauer von Anfang an glücklos agierte, sorgte für die wenigen Lichtblicke im Jahre 2019 ausgerechnet die CSU. Deren neuer Vorsitzender Markus Söder hatte bereits während des bayerischen Landtagswahlkampfes einen bemerkenswerten Imagewandel vollzogen, indem er besonnenere Töne im Asylstreit anschlug und gegenüber der sich immer weiter radikalisierenden AfD fortan auf strikte Abgrenzung setzte. Dieser von Merkel und Kramp-Karrenbauer geteilte Ansatz stieß in Teilen der ostdeutschen Landesverbände auf Ablehnung, die sich ihre Koalitionspolitik von der Berliner Parteiführung nicht vorschreiben lassen wollten. Weil Kramp-Karrenbauers Vermittlungsbemühungen nach dem Tabubruch von Erfurt im Februar 2020 scheiterten, blieb ihr keine andere Wahl als zurückzutreten.¹²

In einem bemerkenswerten Artikel hat der Philosoph Jürgen Habermas im September 2020 auf die Tragweite der Thüringer Ereignisse

12. Ob Angela Merkels aus dem Ausland erhobene Forderung, das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen „rückgängig“ zu machen, diese Bemühungen desavouierte, mag dahingestellt bleiben. Vgl. Th. Brechenmacher, vgl. oben, S. 121.

hingewiesen.¹³ Diese hätten die bürgerlichen Parteien zu der Einsicht gebracht, ihre bisherige Strategie der „Umarmung“ der Rechtspopulisten zu beenden. Habermas sieht darin zugleich eine Ursache für die von Merkel im Zuge der Coronakrise eingeleitete Kehrtwende der deutschen Europapolitik. Die Aufnahme gemeinschaftlicher Schulden, die man während der Finanz- und Eurokrise stets abgelehnt habe, werde nun zur teilweisen Finanzierung eines 750 Milliarden Euro schweren Aufbaufonds „fast verstohlen“ akzeptiert, der gleichzeitig als Vehikel für den Ausbau der Währungs- zu einer Wirtschaftsunion dienen solle. Im Schulterschluss mit dem französischen Präsidenten Macron habe Merkel damit, ohne dass sich dagegen aus den eigenen Reihen Widerstand geregt hätte, „einem historischen Kompromiss zugestimmt, der das Tor zu einer bis dahin versiegelten Zukunft der Europäischen Union einen Spalt weit öffnet.“¹⁴

13. J. Habermas: 30 Jahre danach: Die zweite Chance. Merkels europapolitische Kehrtwende und der innerdeutsche Vereinigungsprozess, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 65, H. 9, 2020, S. 41-56.

14. Ebenda, S. 45.

Das offene Rennen um Merkels Nachfolge

Hatte sich die CDU mit dem Desaster von Erfurt und dem dadurch erzwungenen Rücktritt der Parteivorsitzenden Kramp-Karrenbauer nach den Worten von Jens Spahn in die „schwerste Krise ihrer Geschichte“ manövriert, so versetzte sie die kurz darauf beginnende Coronakrise in einen bis heute (Oktober 2020) anhaltenden „Zustand angenehmer Betäubung (...). Die Alarmsignale vom Jahresbeginn, die Führungslosigkeit, das Storno der Zukunftsdebatte werden jetzt durch grandiose Umfrage-Ergebnisse kaschiert, die alles über Merkels Krisen-Popularität besagen, aber nichts über die Lage der CDU.“¹⁵ Ob diese ihre aktuellen Werte halten kann, wenn den Wählern die Konsequenzen von Merkels Abgang im nächsten Jahr richtig ins Bewusstsein treten, bleibt zweifelhaft.

Durch die coronabedingten Einschränkungen wurde das Rennen um den Vorsitz und die mit ihm verbundene Kanzlerkandidatur um mehr als ein halbes Jahr verlängert, in dem aber ein Wettbewerb zwischen den Kandidaten kaum stattfinden konnte. Das erwies sich vor allem für Friedrich Merz und Norbert Röttgen als Problem, die das Coronageschehen von der Seitenlinie aus betrachten mussten, während der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Laschet und Gesundheitsminister Spahn in ihren Staatsämtern aktives Krisenmanagement betrieben. Insbesondere Laschet lieferte sich dabei einen bizarr anmutenden Wettstreit mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Söder, indem er vergleichsweise früh für eine Lockerung der Coronamaßnahmen eintrat, während Söder einen restriktiven Kurs bevorzugte. Obwohl der Unterschied in Wirklichkeit gar nicht so groß war¹⁶, wirkte Söders Vorgehen entschlossener, was ihm in der Frage nach dem am besten geeigneten Kanzlerkandidaten deutlich bessere

15. M. Geis: Was kommt nach der Raute?, in: *Die Zeit* vom 10. September 2020.

16. Laschet wurde nach einem Massencoronaausbruch in der Fleischfabrik Tönnies im Juni 2020 für seine Äußerung heftig kritisiert, das Virus sei von eingereisten Rumänen und Bulgaren eingeschleppt worden. Beim eigentlichen Krisenmanagement war die von ihm geführte Landesregierung aber erfolgreich: der Ausbruch konnte eingedämmt und der Lockdown im Kreis Gütersloh nach nur wenigen Tagen beendet werden. Umgekehrt hatte Söder bei der von Bayern einseitig vorgenommenen Massentestung von Reiserückkehrern aus Südosteuropa im August 2020 eine massive Panne zu verantworten, als zehntausende Testergebnisse den Betroffenen nicht oder zu spät mitgeteilt wurden. Dennoch blieb sein Ruf als entschlossener Coronabekämpfer davon unberührt.

Werte eintrug als Laschet. Auch unionsintern galt der CSU-Chef inzwischen als ein möglicher Anwärter, nachdem er in seiner eigenen Partei eine unumstrittene Führungsposition errungen und das unter Seehofer beschädigte Verhältnis zu Merkel und zur CDU-Führung wieder repariert hatte.

Auch innerhalb der CDU wird mit Blick auf die drei bzw. – wenn man Jens Spahn hinzunimmt – vier Kandidaten über die Möglichkeit einer Aufteilung zwischen Vorsitz und Kanzlerschaft spekuliert. So könnte z.B. Laschet, wenn er zum CDU-Chef gewählt wird, dem populäreren Spahn bei der Kanzlerkandidatur den Vortritt lassen. Röttgen hat sogar Signale in Richtung einer Kandidatur Söders ausgesandt, um dadurch seine als gering eingeschätzten Chancen auf den Parteivorsitz zu verbessern.¹⁷ Solche Überlegungen sind vor dem Hintergrund der als Vorsitzenden gescheiterten Kramp-Karrenbauer nicht ohne Ironie, galt doch die Zusammenlegung von Parteivorsitz und Kanzlerschaft in der CDU immer als Mantra und Erfolgsrezept.

Kramp-Karrenbauers Bemühungen, die drei Kandidaten im Vorfeld der Wahl doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung zu überreden, blieben vergeblich. Sie waren auch von ihren eigenen Erfahrungen nach der knapp gewonnenen Abstimmung gegen Friedrich Merz im Dezember 2018 diktiert, die dessen Anhänger und er selbst niemals wirklich verwunden hatten. Merz' Ausgangsposition hat sich gegenüber 2018 trotz der coronabedingten Hemmnisse nicht nennenswert verschlechtert. Er genießt in Baden-Württemberg und den ostdeutschen CDU-Landesverbänden breite Unterstützung und liegt auch in den Umfragen unter allen CDU-Anhängern vor Laschet. Merz stünde am ehesten für einen Kurs- und Richtungswechsel. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik vertritt er entschieden marktliberale, in gesellschaftlichen Fragen eher konservative Positionen. Damit kommt er dem bei vielen in der Partei bestehenden Bedürfnis nach einem wieder klarer erkennbaren Profil der CDU entgegen.

Laschet, Spahn und Röttgen würden sich dagegen stärker in der Kontinuität Merkels bewegen, für die auch Kramp-Karrenbauer stand. Damit könnten sie die CDU weiter in der Mitte halten, was unter elektoralen und machtstrategischen Gesichtspunkten gewiss am erfolgversprechendsten wäre. Die Kehrseite besteht in der damit fast zwangsläufig eintretenden Überdehnung inhaltlicher Positionen. In der

17. In jedem Falle würde es für die größere Schwesterpartei ein Schwächezeichen darstellen, wenn ein eben erst gewählter CDU-Vorsitzender die Kanzlerkandidatur freiwillig der CSU überließe. Dies gilt umso mehr, als ein CSU-Kandidat anders als Edmund Stoiber 2002 oder Franz Josef Strauß 1980 diesmal beste Chancen hätte, tatsächlich Kanzler zu werden.

Migrationsfrage hätte dies die Union in der vergangenen Legislaturperiode fast zerrissen. Obwohl das Thema aktuell an Bedeutung eingebüßt hat, bleibt es auf der politischen Agenda – genauso „wie die neue Unübersichtlichkeit in Genderfragen oder die kulturelle Diversität, der mit keiner Leitkultur mehr beizukommen ist.“¹⁸ Die andere zentrale Herausforderung liegt in der Klimapolitik, wo das Erreichen der Schutzziele einen raschen und durchgreifenden Umbau der Energieerzeugung, Agrarwirtschaft und Mobilitätsstrukturen erfordert.

Wie sich die Coronakrise auf die Wahlen im kommenden Jahr auswirken wird, ist schwer abschätzbar. Der Wiederanstieg der Infektionszahlen seit dem Sommer hat Hoffnungen auf weitere Lockerungen – etwa im Bereich des Gastrogewerbes oder bei Großveranstaltungen – erst einmal gedämpft. Damit dürften sich die wirtschaftlichen und sozialen Folgeprobleme der Pandemie nochmals verschärfen, deren wahres Ausmaß ohnehin erst 2021 deutlich werden wird – durch Insolvenzen und steigende Arbeitslosenzahlen. Der Bedeutungsgewinn verteilungsbezogener Fragen könnte den linken Parteien, aber auch der fundamentaloppositionellen AfD in die Hände spielen. Kommt es dagegen aus der Sicht der Wähler vor allem auf eine möglichst rasche Gesundung der Wirtschaft an, wäre eher die Union im Vorteil – sofern sie ihre sozialpolitische Flanke dabei nicht vernachlässigt.

In der Europa- und Außenpolitik steht keiner der Kandidaten für eine grundsätzliche Neuorientierung. Norbert Röttgen, der in diesem Bereich am profiliertesten ist, sprach sich nach dem Mordanschlag auf den russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny für eine härtere Gangart gegenüber dem Putin-Regime aus. Seine Forderung nach einem Ausstieg aus dem gemeinsamen Erdgasprojekt Nord Stream 2 wurde von Merz, nicht aber von Laschet und Söder geteilt, die im Einklang mit der Bundesregierung an dem Projekt festhalten möchten. Die im Kontext der Flüchtlingsdebatte 2018 gefallene Äußerung, „die Zeit des geordneten Multilateralismus“ in Europa und der Welt sei vorüber, dürfte Söder inzwischen bereut haben.¹⁹ Dennoch weckt sie Zweifel an seiner Prinzipienfestigkeit. Die CDU-Kandidaten Laschet, Merz und Röttgen eint dagegen ihr Transatlantizismus und das Bekenntnis zu weiteren, tiefergehenden Integrationsschritten in der EU. Ihr Zugang zu Europa ist emotionaler, leidenschaftlicher als der der nüchternen Vernunftpolitikerin Merkel, woraus sich auch Impulse für eine Neubelebung der zuletzt immer mehr aus dem Tritt geratenen Partnerschaft mit Frankreich ergeben

18. M. Geis, vgl. oben.

19. A. Meier: Die CSU und Europa. Deutschland first, Europa second, in: Der Tagesspiegel vom 15. Juni 2018.

könnten.²⁰ In der Entscheidung über den künftigen CDU-Vorsitzenden werden diese Fragen aber vermutlich nur eine Nebenrolle spielen.

Dass alle drei bzw. vier Kandidaten aus demselben Bundesland stammen – Nordrhein-Westfalen –, mag Zufall sein. Weniger überraschend ist, dass sich nur westdeutsche Politiker und keine Frau unter ihnen befinden. Hatte Kramp-Karrenbauer dem Wunsch nach einer wieder stärker im traditionellen CDU-Milieu der alten Bundesrepublik verankerten Merkel-Nachfolgerin bereits entsprochen, so beförderte ihr Scheitern jetzt offenbar den zusätzlichen Wunsch nach einem Mann an der Parteispitze. Dass sich keine weiteren Frauen als Kandidaten aufdrängten oder von den männlichen Bewerbern als Teil einer Teamlösung benannt wurden, hängt auch mit dem Frauenanteil in der Mitgliedschaft zusammen, der seit dreißig Jahren auf unverändert niedrigem Niveau verharrt (1991: 25,6 Prozent, 2019: 26,5 Prozent).²¹ Bei den Funktionären will die CDU dem Problem durch eine Verschärfung der satzungsrechtlich verankerten Quote begegnen. Danach sollen ab 2025 von der Kreisebene aufwärts alle Vorstandsämter in der Partei zur Hälfte mit Frauen besetzt sein.

20. Dass der erst 2019 geschlossene „Aachener Vertrag“ (offiziell: Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration) in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, mag dies belegen.

21. Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2019, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 51, H. 2 (2020), S. 429.

Von Schwarz-Rot zu Schwarz-Grün?

Die strategische Mehrheit, über die die Unionsparteien seit 2009 verfügen, scheint einstweilen noch nicht gefährdet. Ob die hohen Umfragewerte von heute mit einem anderen Kandidaten als Merkel und einer womöglich veränderten Themenagenda im nächsten Jahr Bestand haben werden, ist jedoch ungewiss. Im parlamentarischen System führt nicht automatisch die stärkste Partei im Parlament die Regierung an, sondern die stärkste Partei einer mehrheitsfähigen Koalition. Will sie ihre jetzige Hegemonialposition behalten, muss die Union also sicherstellen, dass gegen sie eine solche Koalition nicht gebildet werden kann.

Nach den derzeitigen Umfragen wäre eine Mehrheit für ein schwarz-grünes Bündnis relativ sicher – das Polster liegt je nach Institut zwischen fünf und zehn Prozentpunkten. Dass der Umstieg in ein solches Bündnis von der Union gewollt ist, selbst wenn sie mit einer noch mehr geschwächten SPD weiterregieren könnte, darf man voraussetzen – sogar Merz, der den Grünen unter allen Kandidaten am skeptischsten gegenübersteht, sieht das nicht anders. Ob es dazu kommt, hängt jedoch weniger von der Union als den Grünen ab. Verfügen diese zusammen mit der SPD und der Linken oder mit der SPD und der FDP über eine koalitionspolitische Alternative, wären sie in der Rolle des Königmachers. Für welche(n) Partner würden sie sich dann entscheiden? Der Parteiführung um Robert Habeck und Annalena Baerbock werden Sympathien für Schwarz-Grün unterstellt. Machtstrategisch ist das nachvollziehbar, läge für die Grünen darin doch das geringere Risiko. An der Seite der Union könnten sie sich als dynamischer Teil der Regierung inszenieren. Gleichzeitig bräuchte ihre überwiegend gut situierte Wählerklientel nicht zu fürchten, dass die Veränderungen – etwa beim ökologischen Strukturwandel – zu weit gehen.²² Schwarz-Grün ist

22. Für die Perspektiven einer schwarz-grünen Koalition lohnt ein Seitenblick nach Österreich, wo seit 2019 ein vergleichbares „türkis-grünes“ Bündnis regiert. Dort hat man versucht, drohende Konflikte dadurch abzuwenden, dass man den Koalitionspartner auf ihren jeweiligen Domänen – bei den Grünen der Klimaschutz und bei der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) die Migrationsfrage – weitgehende Handlungsfreiheit zugesteht. Das lässt auf die Usancen der Koalitionspolitik in der Bundesrepublik allerdings kaum übertragen. Zudem stehen die deutschen Grünen in vielen Fragen weiter links als die österreichischen, was die Kompromissbildung mit dem christdemokratischen Koalitionspartner erschwert.

allerdings kein Selbstläufer. Dagegen stehen große Teile der Parteibasis und grünen Wählerschaft. Tatsächlich sind die inhaltlichen Schnittmengen der Grünen mit SPD und Linken beim Klimaschutz und den damit verknüpften sozialen Fragen breiter als mit der Union. Dasselbe gilt für die Flüchtlingspolitik.²³

Dass in das Koalitionsspiel inzwischen Bewegung gekommen ist, liegt auch an der FDP. Hatte diese ein Zusammengehen mit SPD und Grünen früher stets abgelehnt, bringt sie die „Ampel“ mittlerweile als Alternative zu einer schwarz-grünen Koalition selber ins Spiel. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens ist das Verhältnis der FDP zur Union nicht erst seit dem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen gestört – die ungunstigen Erinnerungen an die letzte gemeinsame Regierungszeit (2009 bis 2013) wirken bei den Liberalen bis heute nach. Zweitens steht Parteichef Christian Lindner nach der verpassten Chance 2017 in den eigenen Reihen unter Druck, die FDP 2021 in die Regierung zurückzuführen. Und drittens weiß die FDP, dass sie als Teil eines Jamaika-Bündnisses, das ihr programmatisch immer noch näherstünde als eine Ampelkoalition, wahrscheinlich gar nicht mehr benötigt würde, weil es für Union und Grüne alleine zur Mehrheit reicht.

Gefahren für die Union ergeben sich zugleich aus dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen SPD und Grünen. Landen die Grünen bei der Bundestagswahl 2021 vor den Sozialdemokraten, wofür nach heutigem Stand manches spricht, hätten sie in einem Linksbündnis oder einer Ampelkoalition die Chance, selbst den Kanzler oder die Kanzlerin zu stellen. Würden sie sich stattdessen mit der Rolle des Juniorpartners an der Seite von CDU und CSU begnügen? Selbst wenn sie der SPD die Kanzlerschaft überlassen müssten²⁴, könnte es von den Koalitionspartnern und aus den eigenen Reihen Druck geben, sich der Bildung einer Regierung ohne die Union allein aus Gründen des demokratischen Wechsels nicht zu verweigern.

Droht CDU und CSU damit nach 16 Jahren tatsächlich der Abschied von der Macht? Zurzeit mag ein solches Szenario noch eher unwahrscheinlich klingen. Dennoch bleibt der Ausgang der kommenden Bundestagswahl, wenn man die hier betrachteten Faktoren nimmt – Kandidaten, Themen und Koalitionsbeziehungen –, in fast jeder Hinsicht

Vgl. Frank Decker / Fedor Ruhose: Koalitionsregime in Ländern und Bund. Auf dem Weg in die Kenia-Republik?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 69, H. 2, (2020), S. 195-202.

23. Als schwerster Stolperstein für ein Linksbündnis dürfte sich die Außenpolitik erweisen, wo insbesondere zwischen Grünen und Linken kaum überbrückbare Meinungsunterschiede bestehen. Wie tief die Gräben hier weiterhin sind, hat zuletzt der Fall Nawalny gezeigt.

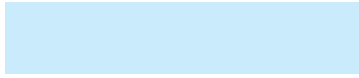
24. Anders als Union und Grüne hat diese ihren Kanzlerkandidaten mit Olaf Scholz bereits nominiert.

offen. Sicher voraussagen lässt sich nur, dass den Umfragen in den verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung große Bedeutung zukommt. So wie sich die Unionsparteien am Ende für diejenige Person als Kanzlerkandidaten entscheiden,²⁵ die bei den Wählern den meisten Anklang findet, so geben die im wöchentlichen Rhythmus veröffentlichten Wahlprognosen Aufschluss über die Realisierbarkeit der verschiedenen Koalitionsmodelle. Signalfunktion für den Wahlkampf gewinnen überdies die im Frühjahr anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie rasch sich die Stimmungen innerhalb der Wählerschaft verändern können, hat die Bundestagswahl 2017 gezeigt, als die SPD mit ihrem neuen Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz äußerst verheißungsvoll in das Wahljahr gestartet war, bevor ihre Kampagne binnen weniger Wochen kollabierte. Die Union sollte dies als Warnung begreifen. Weil Merkel eine geregelte und rechtzeitige Machtübergabe während der Legislaturperiode versäumt hat, befinden sich die Christdemokraten im Jahr vor der Wahl in einer denkbar schwierigen Ausgangslage. Wie gut sie diese Herausforderung meistern, werden wir im kommenden Jahr wissen.

25. Wie sehr sich die Union auch in ihrem Regierungshandeln von der Demoskopie hat leiten lassen, ist ein bisher noch wenig beleuchteter Aspekt von Merkels zu Ende gehender Kanzlerschaft.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- P. Hassenteufel, [Das deutsche Gesundheitssystem angesichts der Corona-Krise](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 156, November 2020
- D. Puhl, [Deutsch-Französische Rüstungszusammenarbeit – Ein Ding der Unmöglichkeit?](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 31, Ifri, November 2020.
- D. Capitant, [Das Urteil des Karlsruher Gerichts: Der Donnerschlag, der den Horizont verdunkelt?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 155, Oktober 2020
- S. Parthie, [Deutsche Wirtschaftspolitik in der Corona-Krise: Wie Deutschland seine Wirtschaft zu schützen versucht](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 154, Oktober 2020
- P. Maurice, [Dreißig Jahre nach seiner Wiedervereinigung, Deutschlands „europäischer Moment“?](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, Oktober 2020
- F. Herrmann, [Bayern und Frankreich. Gemeinsam in die Zukunft](#), *Éditoriaux de l'Ifri*, August 2020
- C. Demesmay, [Ein Kapitän im Sturm: Herausforderungen und Chancen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 153, Ifri, Juli 2020
- A. Marchetti, [Durchbruch für die dezentrale deutsch-französische Zusammenarbeit? Perspektiven nach dem Vertrag von Aachen](#), *Visions franco-allemandes*, Nr. 30, Ifri, Juni 2020



Institut français
des relations
internationales